

Handlungskonzept Baulärm

zur Lösung des prognostizierten Lärmkonflikts während der Bautätigkeiten

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungs-
verbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze
NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Erstellt durch: Amprion GmbH
Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund
Deutschland

Ausgestellt: September 2023

Dieses Dokument besteht aus 22 Seiten

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|---|----|
| 1 | Einführender Teil und Zielstellung..... | 5 |
| 2 | Grundlagen: Schalltechnische Anforderungen an Baustellen..... | 7 |
| 2.1 | Anforderungen aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz..... | 7 |
| 2.2 | Anforderungen aus der AVV Baulärm..... | 8 |
| 2.2.1 | Definition schädlicher Umwelteinwirkungen durch Baulärm..... | 8 |
| 2.2.2 | Maßnahmen zur Minderung des Baulärms und Stilllegung von Baumaschinen | 9 |
| 3 | Rechtliche Vorgaben für die Bewältigung von Baulärmkonflikten im Planfeststellungsverfahren..... | 11 |
| 4 | Ergebnisse des schalltechnischen Prognosegutachtens..... | 13 |
| 5 | Prüfung der Realisierbarkeit und Abwägung der Verhältnismäßigkeit der geforderten Lärminderungsmaßnahmen..... | 18 |
| 6 | Fazit | 19 |
| A | Verzeichnisse | 21 |
| A.1 | Literaturverzeichnis | 21 |
| A.2 | Abbildungen | 22 |
| A.3 | Tabellen | 22 |
| A.4 | Abkürzungen | 22 |

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

1 Einführender Teil und Zielstellung

Das Gesamtprojekt beinhaltet den Neubau einer ca. 70 km langen Höchstspannungsleitung zwischen Gütersloh (Nordrhein-Westfalen) und Wehrendorf in Niedersachsen. Das in der Anlage zum Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) unter der Nummer 16 festgelegte Leitungsvorhaben umfasst insgesamt vier Genehmigungsabschnitte (GA). Hiervon verlaufen zwei auf dem Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW): GA 1 und GA 2; sowie zwei auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen: der antragsgegenständliche GA 3 vom Punkt (Pkt.) Königsholz an der Landesgrenze zu NRW bis zur Umspannanlage (UA) Lüstringen mit einer Länge von ca. 25,5 km sowie der GA 4, der Gegenstand eines eigenen Planfeststellungsverfahrens sein wird.

Abb. 1-1: Schematischer Verlauf des EnLAG-Vorhabens Nr. 16 mit den Genehmigungsabschnitten



Gegenstand dieses Planfeststellungsverfahrens ist der Abschnitt 3: Umspannanlage Lüstringen bis Punkt Königsholz.

Die vorliegende Planung umfasst die Errichtung und Betrieb der 380-kV-Leitung Wehrendorf – Lüstringen im GA 3 zwischen dem Pkt. Königsholz an der Landesgrenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (Stadt Melle) und der UA Lüstringen (Stadt Osnabrück). Die Höchstspannungsleitungsverbindung soll auf Grundlage des durch das EnLAG vorgegebenen Pilotcharakters auf einer Strecke von ca. 25,5 km als Kombination aus Freileitung und Teilerdverkabelung (TEV) umgesetzt werden. Die TEV wird als Pilotstrecke auf einer Länge von ca. 8,9 km realisiert. Für die Verbindung von Freileitung und Erdkabel ist eine sogenannte Kabelübergabestation (KÜS) erforderlich, die den Übergang der Stromleiter in das Erdreich sicherstellt.

Gleichzeitig werden im Zuge dieses Planfeststellungsverfahrens mehrere Rückbau- (insbesondere Bl. 1123 und Bl. 2310) und Teilrückbaumaßnahmen sowie Änderungen beantragt.

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Das Vorhaben ist detailliert im Erläuterungsbericht, im Kapitel 2.1, beschrieben. Dort finden sich u. a. allgemeine Angaben zum Projekt, technische Erläuterungen zum Bau und Betrieb der Freileitungen und Erdkabel sowie eine Beschreibung des Leitungsverlaufes.

Für das Planfeststellungsverfahren wurde zur Antragsstellung unter anderem ein schalltechnisches Prognosegutachten für die Bauphase gemäß den Vorgaben der Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen – vom 19.8.1970 (Beilage zum BAnz. Nr. 160 vom 1.9.1970, im Folgenden: AVV Baulärm) durch den TÜV Technische Überwachung Hessen GmbH (TÜV Hessen) erstellt. Innerhalb des Baulärmprognosegutachtens T 3204 wurden zur Ermittlung der durch die Bautätigkeiten verursachten Immissionen bereits Lärmschutzmaßnahmen für den Baustellenbetrieb gemäß den Vorgaben der AVV Baulärm berücksichtigt. Diese sind technisch umsetzbar und gewährleisten zuverlässig eine relevante Minderung der Immissionen. Als Ergebnis des Gutachtens können an einigen Immissionsorten bzw. Immissionslagen, die sich in nächster Entfernung zur Trasse befinden, dennoch Überschreitungen der Immissionsrichtwerte nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Gemäß abschließender Beurteilung des Gutachters (T 3204 Kapitel 10.3) können bei Umsetzung sämtlicher der im Baulärmprognosegutachten genannten Lärmschutzmaßnahmen die verbleibenden Geräuschimmissionen als unvermeidbar eingestuft werden.

Ziel dieses Konzepts ist es, den prognostizierten Lärmkonflikt aufzuzeigen sowie die Lösungsmöglichkeiten im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens näher zu untersuchen. Es wird im Folgenden geprüft, ob die Lärminderungsmaßnahmen, die im Rahmen des Baulärmprognosegutachtens betrachtet und beurteilt wurden, realisierbar und zumutbar sind. Wenn dies der Fall ist, sollte aus Sicht der Vorhabenträgerin im Planfeststellungsbeschluss für die o.g. Immissionsorte mit verbleibenden Richtwertüberschreitungen neben den geplanten Schutzvorkehrungen eine Entschädigung gemäß § 74 Abs. 2 VwVfG dem Grunde nach festgelegt werden, soweit den Betroffenen die Immissionen billigerweise nicht entschädigungslos zugemutet werden können.

2 Grundlagen: Schalltechnische Anforderungen an Baustellen

2.1 Anforderungen aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz

Die auf Baustellen eingesetzten Maschinen und Geräte, bei mehrmonatigem Betrieb auch die Baustelle selbst, sind Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (vgl. § 3 Abs. 5 Nr. 2 und 3 BImSchG), die nicht unter die immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht fallen. Solche Anlagen sind nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG so zu errichten und zu betreiben, dass

„[...]“

a) *schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche verhindert werden, die nach dem Stand der Technik zur Lärminderung vermeidbar sind, und*

b) *nach dem Stand der Technik zur Lärminderung unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche auf ein Mindestmaß beschränkt werden.*

[...]“

Definiert sind schädliche Umwelteinwirkungen in § 3 Abs. 1 BImSchG:

„[...]“

Schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne dieses Gesetzes sind Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen.

[...]“

Immissionen sind nach § 3 Abs. 2 BImSchG u.a. auf Menschen einwirkende Geräusche. Die schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräuschimmissionen von Baustellen werden nach der durch § 66 Abs. 2 BImSchG übergeleiteten AVV Baulärm abschließend beurteilt. Die Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm ist für Baulärm nicht anwendbar, was ausdrücklich im Anwendungsbereich der TA Lärm (vgl. Nr. 1 Abs. 2 S. 1 f TA Lärm) festgehalten ist:

„[...]“

Anwendungsbereich

Diese Technische Anleitung dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche.

Sie gilt für Anlagen, die als genehmigungsbedürftige oder nicht genehmigungsbedürftige Anlagen den Anforderungen des Zweiten Teils des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) unterliegen, mit Ausnahme folgender Anlagen:

a) *Sportanlagen, die der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) unterliegen,*

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

- b) sonstige nicht genehmigungsbedürftige Freizeitanlagen sowie Freiluftgaststätten,*
 - c) nicht genehmigungsbedürftige landwirtschaftliche Anlagen,*
 - d) Schießplätze, auf denen mit Waffen ab Kaliber 20 mm geschossen wird,*
 - e) Tagebaue und die zum Betrieb eines Tagebaus erforderlichen Anlagen,*
 - f) Baustellen,*
 - g) Seehafenumschlagsanlagen,*
 - h) Anlagen für soziale Zwecke.*
- [...].“*

2.2 Anforderungen aus der AVV Baulärm

Die AVV Baulärm wurde zunächst als Messnorm zur Ermittlung der Geräuschimmissionen von bestehenden Baustellen erlassen (vgl. zum sachlichen Geltungsbereich Nr. 1 AVV Baulärm). Sie wird jedoch auch zur Beurteilung der Geräuschimmissionen durch Bautätigkeiten im Rahmen von Prognosen herangezogen und durch Kriterien der TA Lärm zur Schallausbreitungsberechnung ergänzt.

Im Folgenden werden die für die Bearbeitung der Aufgabenstellung wesentlichen Punkte und Auszüge aus der Verwaltungsvorschrift explizit dargelegt.

2.2.1 Definition schädlicher Umwelteinwirkungen durch Baulärm

Die AVV Baulärm enthält zwar keine allgemeingültige Definition, in welchen Belastungssituationen gesichert schädliche Umwelteinwirkungen vorliegen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts konkretisiert die AVV Baulärm jedoch den unbestimmten Rechtsbegriff der schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne einer für Behörden und Gerichte verbindlichen normkonkretisierenden Verwaltungsvorschrift (vgl. grundlegend BVerwG, Urt. v. 10.7.2012, Az. 7 A 11.11, BVerwGE 143, 249 Rn. 26 ff.). In Nr. 3 konkretisiert die AVV Baulärm das vom Normgeber für erforderlich gehaltene Schutzniveau differenzierend nach dem Gebietscharakter und nach Tages- und Nachtzeiten durch Festlegung bestimmter Immissionsrichtwerte (BVerwG, a.a.O., Rn. 27). Die in Nr. 3.1.1. AVV Baulärm festgelegten Immissionsrichtwerte entfalten allerdings nur für den Regelfall Bindungswirkung (BVerwG, a.a.O., Rn. 30). Die AVV Baulärm erlaubt eine einzelfallbezogene Beurteilung der Schädlichkeitsgrenze. Der Spielraum für Ausnahmen vom Regelfall der Bindungswirkung der Immissionsrichtwerte ist allerdings eng, die Immissionsrichtwerte sind nicht nur Orientierungswerte, die ergänzend eine Einzelfallbetrachtung zulassen. Vielmehr kommen Abweichungen vom Immissionsrichtwert nach oben nur dann in Frage, wenn die Schutzwürdigkeit des Einwirkungsbereichs einer Baustelle im konkreten Fall ausnahmsweise geringer zu bemessen ist als in den gebietsbezogen festgelegten Immissionsrichtwerten (BVerwG, a.a.O., Rn. 32, z.B. bei hoher Vorbelastung durch Verkehrslärm oder bei Lärmbelastungen, die die fachplanerische Zumutbarkeitsschwelle nicht überschreiten, z.B. bei sehr kurzer Einwirkzeit). Der

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

nach Nr. 3.1.1. AVV Baulärm maßgebliche Immissionsrichtwert darf bei der Prognose im Planfeststellungsverfahren auch nicht unter Rückgriff auf den sogenannten Eingreifwert nach Nr. 4.1. AVV Baulärm noch um (bis zu) 5 dB(A) erhöht werden. Diese Regelung gilt nur für gemessene Lärmimmissionen (BVerwG, a.a.O., Rn. 45).

2.2.2 Maßnahmen zur Minderung des Baulärms und Stilllegung von Baumaschinen

Folgende Anforderungen werden an zu prüfende bzw. möglicherweise umzusetzende Maßnahmen zur Minderung des Baulärms gemäß AVV Baulärm gestellt:

„[...]“

4. Maßnahmen zur Minderung des Baulärms

4.1 Grundsatz

Überschreitet der nach Nummer 6 ermittelte Beurteilungspegel den von Baumaschinen hervorgerufenen Geräusche den Immissionsrichtwert um mehr als 5 dB(A), sollen Maßnahmen zur Minderung der Geräusche angeordnet werden.

Es kommen insbesondere in Betracht:

- a) *Maßnahmen bei der Einrichtung der Baustelle*
- b) *Maßnahmen an den Baumaschinen*
- c) *die Verwendung geräuscharmer Baumaschinen*
- d) *die Verwendung geräuscharmer Bauverfahren*
- e) *die Beschränkung der Betriebszeit lautstarker Baumaschinen*

Von Maßnahmen zur Lärminderung kann abgesehen werden, soweit durch den Betrieb von Baumaschinen infolge nicht nur gelegentlich einwirkender Fremdgeräusche keine zusätzlichen Gefahren, Nachteile oder Belästigungen eintreten.

4.2 Einzelne Maßnahmen

Für Anordnungen nach Nummer 4.1 gibt Anlage 5 fachtechnische Hinweise

4.3 Nach dem Stand der Technik vermeidbare Geräusche

4.3.1 Zur Beurteilung, ob Geräusche von Baumaschinen nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, sind im Hinblick auf die Geräuschminderung fortschrittliche Maschinen derselben Bauart und vergleichbarer Leistung, die sich im Betrieb bewährt haben, heranzuziehen.

4.3.2 Sofern für Baumaschinen Emissionsrichtwerte nach § 3 Abs. 2 Nr.1 des Gesetzes festgesetzt sind, ist der Stand der Technik eingehalten, wenn die Emissionsrichtwerte nicht überschritten werden.

[...]“

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Des Weiteren wird Folgendes zur Stilllegung von Baumaschinen in der AVV-Baulärm festgesetzt:

„[...]“

5. Stilllegung von Baumaschinen

5.1 Grundsatz

Die Stilllegung von Baumaschinen nach § 5 Satz 2 des Gesetzes kommt nur als äußerstes Mittel in Betracht, um die Allgemeinheit vor Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen durch Baulärm zu schützen.

5.2 Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nummer 4.1

5.2.1 Die Stilllegung von Baumaschinen soll angeordnet werden, wenn

- 1. weniger einschneidende Maßnahmen nicht ausreichen, um eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte zu verhindern und*
- 2. die Stilllegung im Einzelfall zum Schutz der Allgemeinheit, jedoch unter Berücksichtigung des Bauvorhabens, dringend erforderlich ist.*

5.2.2 Von der Stilllegung der Baumaschine kann trotz Überschreitung der Immissionsrichtwerte abgesehen werden, wenn die Bauarbeiten

- 1. zur Verhütung oder Beseitigung eines Notstandes oder zur Abwehr sonstiger Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder*
- 2. im öffentlichen Interesse dringend erforderlich sind und die Bauarbeiten ohne die Überschreitung der Immissionsrichtwerte nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden können.*

[...]“

3 Rechtliche Vorgaben für die Bewältigung von Baulärmkonflikten im Planfeststellungsverfahren

Rechtsgrundlage für die Festsetzung von Schutzmaßnahmen gegen Baulärm in einem Planfeststellungsbeschluss ist § 74 Abs. 2 VwVfG (vgl. dazu die Rechtsprechung des BVerwG, allerdings vornehmlich zu Schutzkonzepten bei langandauernden Großbaustellen: Urt.v. 10.7.2012 – 7 A 11.11 = BVerwGE 143, 249 ff.: U-Bahn Baustelle Berlin-Mitte; Urt.v. 19.3.2014 – 7 A 24.12 = NVwZ 2014, 1454 Rn. 16 ff. – Eisenbahnbaumaßnahme Alaufstieg; Urt.v. 8.9.2016 – 3 A 5.15 – juris Rn. 93 ff.- Elektrifizierung Bahnstrecke; Urt.v. 6.4.2017 – 4 A 2.16 u.a. = DVBl. 2017, 1039 Rn. 57 – Ganderkeseeleitung 380 kV).

Nach § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG hat die Planfeststellungsbehörde dem Träger des Vorhabens Vorkehrungen oder die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen aufzuerlegen, die zum Wohl der Allgemeinheit oder zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer erforderlich sind (sog. Schutzauflagen). Die Vorschrift ist weit zu verstehen, sie umfasst technisch-reale Schutzvorkehrungen und Anlagen, z.B. Schallschirme, Vorgaben zur Schalldämmung von Baumaschinen, aber auch betriebsregelnde Anordnungen.

Sind solche Vorkehrungen oder Anlagen untunlich oder mit dem Vorhaben unvereinbar, so hat der Betroffene nach § 74 Abs. 2 Satz 3 VwVfG einen Anspruch auf angemessene Entschädigung in Geld. Die Regelung gilt nur, wenn der Betroffene an sich einen Anspruch auf Schutzvorkehrungen nach § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG hätte, die aber untunlich sind, d.h. wenn es entweder keine wirksamen Schutzvorkehrungen gibt (Unmöglichkeit) oder wenn die geeigneten Vorkehrungen unverhältnismäßige Aufwendungen erfordern würden (Unverhältnismäßigkeit). Der Anspruch setzt Beeinträchtigungen voraus, die über die fachplanerische Zumutbarkeitsschwelle hinausgehen. Er eröffnet keinen Ausgleich für alle Nachteile durch das Vorhaben, sondern nur für die Beeinträchtigungen, die die Grenze des Zumutbaren überschreiten und nicht durch physisch-reale Maßnahmen ausgeglichen werden können. Der Anspruch ist im Planfeststellungsbeschluss dem Grunde nach festzusetzen. Kommt keine Einigung mit dem Vorhabenträger zustande, bleibt die Festsetzung und Berechnung der Entschädigung einem nachfolgenden Verfahren nach Maßgabe der Enteignungsgesetze der Länder vorbehalten (vgl. BVerwG, Urt. v. 10.7.2012, Az. 7 A 11.11, BVerwGE 143, 249 Rn. 70 ff.).

Ob nachteilige Wirkungen i.S.d. § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG vorliegen, beurteilt sich für Baulärm nach § 22 Abs. 1, § 3 Abs. 1 BImSchG und der AVV Baulärm. Diese Regelungen sind die Grundlage für die Bestimmung der fachplanerischen Zumutbarkeitsschwelle. Gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG sind schädliche Umweltauswirkungen zu verhindern, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Weiter sind gemäß Nr. 2 nach dem Stand der Technik zur Lärmminimierung unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche auf ein Mindestmaß zu beschränken. Baustellenlärm wird gemäß § 66 Abs. 2 BImSchG anhand der AVV Baulärm bewertet. Wenn sich anhand der prognostizierten Beurteilungspegel eine Überschreitung der Richtwerte ergibt, muss dieser Konflikt grundsätzlich im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses gelöst werden. In bestimmten Grenzen ist es auch möglich, den Konflikt auf die Ebene des Planvollzugs zu verschieben, wenn es erst durch eine detaillierte Bauausführungsplanung möglich

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

wird, die konkreten Beurteilungspegel und etwaige Minderungsmaßnahmen zu ermitteln. Hierfür muss bereits im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses der Konflikt des Baulärms als abwägungserheblicher Belang berücksichtigt werden, damit im Rahmen der Bauausführung und ggf. durch Nebenbestimmungen beherrschbar wird.

Wenn es aber bereits auf Ebene der Planfeststellung möglich ist, die Beurteilungspegel zu prognostizieren sowie mögliche Minderungsmaßnahmen zu prüfen, dann kann der Konflikt auch direkt vollständig gelöst und nicht erst auf den Planvollzug verlagert werden. Dieses Vorgehen wird mit dem vorliegenden Konzept angestrebt.

Die nach Abschluss des schalltechnischen Prognosegutachtens für die Bauphase notwendigen Lärminderungsmaßnahmen werden nachfolgend auf ihre Umsetzbarkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft. Bei den darüber hinaus verbleibenden prognostizierten Überschreitungen der Immissionswerte handelt es sich gemäß der Beurteilung des Gutachters (vgl. Kapitel 10.3 des Baulärmprognosegutachtens) um unvermeidbare Umwelteinwirkungen im Sinne des § 22 Abs. 1 Satz 1 BImSchG. Die abschließende Prüfung beinhaltet somit die geforderte Beschränkung der schädlichen Umwelteinwirkungen auf das Mindestmaß. Weitergehende physisch-reale Schutzvorkehrungen sind dann i.S.d. § 74 Abs. 2 Satz 3 VwVfG untunlich. Es ist deshalb in diesen Fällen zu prüfen, ob die Festsetzung einer angemessenen Entschädigung dem Grunde nach erforderlich ist, ob also die verbleibenden nachteiligen Auswirkungen durch Baulärm den Betroffenen billigerweise nicht mehr entschädigungslos zugemutet werden können.

4 Ergebnisse des schalltechnischen Prognosegutachtens

Für das Vorhaben wurde durch den TÜV Hessen das Baulärmprognosegutachten T 3204 gemäß den Vorgaben der AVV-Baulärm erstellt. Ergänzend wurde für die Immissionsprognose die TA Lärm als moderneres Regelwerk herangezogen (vgl. zur Zulässigkeit dieser Vorgehensweise BVerwG, Urt. v. 10.7.2012, Az. 7 A 11.11, BVerwGE 143, 249 Rn. 27). Im Kapitel 10 des Baulärmprognosegutachtens wurden bereits Lärminderungsmaßnahmen für den Baustellenbetrieb gemäß AVV Baulärm vorgeschlagen, diskutiert und berücksichtigt. Nachfolgend werden diese in orts- und betriebszeitenunabhängige Maßnahmen (globale Lärminderungsmaßnahmen) entlang der Baustellenabschnitte für alle entsprechenden Bautätigkeiten bzw. Baumaschinen sowie in erweiterte immissionsortsabhängige Lärminderungsmaßnahmen für die ggf. technisch notwendigen und unvermeidbaren Bautätigkeiten eingeteilt.

Tab. 4-1: Globale Lärminderungsmaßnahmen für alle entsprechenden Bautätigkeiten / Baumaschinen gemäß Baulärmprognosegutachten T 3204 durch den Gutachter TÜV Hessen

| Vorgeschlagene Lärminderungsmaßnahmen gemäß Baulärmprognosegutachten | Zuordnung Kapitel 4 AVV Baulärm |
|---|---------------------------------|
| <i>Arbeitszeiten auf der Baustelle sofern umsetzbar nur außerhalb der Nachtzeit (nicht vor 07.00 Uhr und nicht nach 20.00 Uhr)</i> | 4.1e |
| <i>Nur Arbeiten in der Nachtzeit durchführen, die technisch notwendig und unvermeidbar sind</i> | 4.1e |
| <i>Baustelleneinrichtung sowie Verladestelle und Zufahrtswege für LKW werden möglichst weit entfernt den Immissionsorten positioniert</i> | 4.1a |
| <i>Einhaltung der im Konzept angegebenen Einwirk-/Betriebszeiten der Baumaschinen. Die tatsächlichen Einwirkzeiten sind zu dokumentieren.</i> | 4.1e |
| <i>Verwendung lärmarmen Baumaschinen und Bauverfahren nach dem Stand der Lärminderungstechnik gemäß 32. BImSchV bzw. mit Umweltengel</i> | 4.1b, 4.1c, 4.1d und 4.3 |
| <i>Weitere organisatorische Maßnahmen zur Minimierung der Baugeräuschemissionen durch lärmarmes Arbeiten (geringe Fallhöhen bei Rückbaumaßnahmen, Vermeidung unnötiger Betriebe von Baumaschinen, Verwendung von Sprechfunkgeräten etc.)</i> | 4.1a |
| <i>Einsatz von Lärminderungsmaßnahmen an einzelnen geräuschintensiven Baumaschinen unter Einhaltung der in Tabelle 4 des Gutachtens angegebenen Lärmemissionen, insbesondere Minderung der emissionswirksamen Schallleistung der folgenden Aggregate durch Kapselung / Haube, Lagerung im Schacht o. ä. oder durch Auswahl eines lärmarmen Geräts:</i> <ul style="list-style-type: none"> <i>Pumpen (Elektropumpen 11kW / Grundwasserpumpen) mit einer maximalen emissions-wirksamen Schallleistung von LWA = 80 dB(A)</i> <i>Stromaggregate mit einer maximal emissionswirksamen Schallleistung von LWA = 82 dB(A)</i> <i>Betonpumpe mit einer maximalen emissionswirksamen Schallleistung von LWA = 89,6 dB(A)</i> | 4.1b |
| <i>Bei geräuschintensiven Bautätigkeiten werden die Anwohner vor Beginn der Tätigkeiten informiert. Es wird versucht, sofern technisch möglich, Absprachen über günstige Betriebszeiträume mit den betroffenen Anwohnern zu erreichen.</i> | 4.1e |

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

Die globalen Maßnahmen müssen gemäß dem zugrundeliegenden Planungs- und Bauzeitenkonzept für alle geplanten Einsätze der jeweiligen Maschinen oder Aggregate und an allen Teilbaustellen entlang des Vorhabenabschnitts umgesetzt werden.

Detailliertere Ausführungen und Beschreibungen zu den einzelnen Maßnahmen sind Kapitel 10 des Baulärmprognosegutachtens zu entnehmen.

Für den Fall der Umsetzung dieser oder vergleichbarer Maßnahmen werden die verbleibenden Geräuschemissionen und damit verursachten Geräuschimmissionen durch den Schallgutachter als unvermeidbar eingestuft und beurteilt. Die Anforderungen gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BImSchG bzw. Abschnitt 2.1 zur Verhinderung bzw. zur Beschränkung der unvermeidbaren Umwelteinwirkungen auf das Mindestmaß sind somit bei Umsetzung der oben genannten Maßnahmen erfüllt.

Innerhalb des Baulärmprognosegutachtens wurden gemäß AVV-Baulärm in Verbindung mit der TA Lärm die jeweils maßgeblichen Immissionsorte betrachtet. Im Außenbereich sind somit die betrachteten Immissionsorte jeweils die am nächsten zur Teilbaustelle gelegenen Wohnhäuser. Hier ist in der Regel nur dieses eine oder wenige andere Gebäude betroffen. In Bereichen, wo die Trasse sich an Siedlungsgebiete annähert, wurden jeweils Wohnhäuser ausgewählt, die aufgrund ihrer Lage repräsentativ für die umliegenden Gebäude sind. In diesen Fällen sind gegebenenfalls umliegend auch eine größere Anzahl von Gebäuden mit ähnlichen Pegeln beaufschlagt. Eine Auflistung aller Immissionsorte auf Basis des Baulärmprognosegutachtens, an denen für die jeweils lauteste Bauphase eine ggf. zeitweise Überschreitung der Immissionsrichtwerte nicht ausgeschlossen werden kann, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tab. 4-2: Immissionsorte auf Basis des Baulärmprognosegutachtens, an denen gemäß Baulärmprognosegutachten T 3204 durch den Gutachter TÜV Hessen eine ggf. zeitweise Überschreitung der Immissionsrichtwerte nicht ausgeschlossen werden kann

| Maßgebliche Immissionsorte gemäß Baulärmprognose | verantwortliche Bautätigkeit | Weitere Immissionsorte bzw. zugehörige Adressen im Umfeld, bei denen ggf. zeitweise eine Überschreitung der Richtwerte nicht ausgeschlossen werden kann |
|--|--|---|
| IO4 Sandforter Str. 141, 49086 Osnabrück | Microtunneling (tags) – Phase I: Rohrvortrieb Microtunneling (nachts) – Phase III: Rohrvortrieb | Tagzeit: Keine weiteren Gebäude |
| | | Nachtzeit: Sandforter Str. 143 a/c/d, 145 a - f, 147, 149, 151, 153, 49086 Osnabrück Düstruper Str. 89, 49086 Osnabrück |
| IO12 Am Reitpl. 22, 49143 Bissendorf | Pilotrohrvortrieb (tags) - Phase I.1 (Start) / Phase I.2 (Ziel): Baustellenvorbereitung | Keine weiteren Gebäude |
| IO17-1 Uphausener Str. 1, 49143 Bissendorf | Zentrale BE-Flächen(tags) - Phase IV.1: Rückbau BE, Flächenbefestigung und Rekultivierung | Keine weiteren Gebäude |

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

| Maßgebliche Immissionsorte gemäß Baulärmprognose | verantwortliche Bautätigkeit | Weitere Immissionsorte bzw. zugehörige Adressen im Umfeld, bei denen ggf. zeitweise eine Überschreitung der Richtwerte nicht ausgeschlossen werden kann |
|--|--|--|
| IO25 / IO25-1 Steingraben 60, 49124 Georgsmarienhütte | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO27 Bauerschaft Voxtrup 50, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO28 Bauerschaft Voxtrup 61, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO29 Uphauser Weg 15, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO30 Uphauser Weg 30, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO31 Uphauser Weg 51, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO32 Rochusberg 14, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO33 Rochusberg 66A, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Rochusberg 68, 49086 Osnabrück |
| IO34 Rochusberg 76, 49086 Osnabrück | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO37 Schnettberg 14, 49124 Georgsmarienhütte | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO38 Schnettberg 9, 49124 Georgsmarienhütte | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO41 Kronsundern 4, 49143 Bissendorf | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO45 Kronsundern 13, 49143 Bissendorf | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO46 Ebbendorfer Weg 4, 49143 Bissendorf | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO48 Ebbendorfer Weg 6, 49143 Bissendorf | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Ebbendorfer Weg 6a, 49143 Bissendorf |

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

| Maßgebliche Immissionsorte gemäß Baulärmprognose | verantwortliche Bautätigkeit | Weitere Immissionsorte bzw. zugehörige Adressen im Umfeld, bei denen ggf. zeitweise eine Überschreitung der Richtwerte nicht ausgeschlossen werden kann |
|--|--|---|
| IO49 Ebbendorfer Weg 8, 49143 Bissendorf | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO50 Ebbendorfer Weg 10, 49143 Bissendorf | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO55 Zur Horst 10, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO59 Kirchstraße 29, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO60 Kirchstraße 26, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Kirchstraße 24, 49176 Hilter am Teutoburger Wald |
| IO63 Am Kervel 12A, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Am Ährenfeld 1 - 6, 49176, Hilter am Teutoburger Wald Am Kervel 1-18, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Kirchstraße 12, 21, 49176, Hilter am Teutoburger Wald |
| IO64 Am Ährenfeld 4, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |
| IO65 Teichbreede 2, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Teichbreede 1-23, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Schulstrasse 8, 9, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Hauptstraße 27, 29, 32, 49176 Hilter am Teutoburger Wald |
| IO66 Borgloher Senke 11, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Am Weiher 2 - 6, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Borgloher Senke 1 - 25, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Feldblumenweg 1 - 35, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Zur Spitze 9, 9a, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Kornblumenweg 4, 6, 49176 Hilter am Teutoburger Wald Distelweg 1 - 5 (ungerade), 10 - 20 (gerade), 49176 Hilter am Teutoburger Wald Hauptstraße 45 - 49 (ungerade), 49176 Hilter am Teutoburger Wald |
| IO67 Feldblumenweg 15A, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |
| IO68 Uphöfener Feld 2, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |
| IO69 Uphöfener Feld 4, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |
| IO70 Feldblumenweg 27A, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |
| IO71 Feldblumenweg 29, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

| Maßgebliche Immissionsorte gemäß Baulärmprognose | verantwortliche Bautätigkeit | Weitere Immissionsorte bzw. zugehörige Adressen im Umfeld, bei denen ggf. zeitweise eine Überschreitung der Richtwerte nicht ausgeschlossen werden kann |
|---|---|--|
| IO72 Allendorfer Str. 1, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO73 Am Rulloh 1, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO88 / IO88-1 Allendorfer Str. 4, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Allendorfer Straße 4, 6, 49176 Hilter am Teutoburger Wald |
| IO89 / IO89-1 Allendorfer Str. 3, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | |
| IO91 / IO91-1 Zum Aubach 7, 49176 Hilter am Teutoburger Wald | Mastrückbau (tags) - Phase III.2: Mastdemontage Fundament mit Beton | Zum Aubach 1, 5 49176 Hilter am Teutoburger Wald |
| IO98-1 Langer Weg 33, 49326 Melle | Mastrückbau (tags) - Phase III.1: Mastdemontage Fundament ohne Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO108 Wakebrink 10, 49326 Melle | Mastrückbau (tags) - Phase III.1: Mastdemontage Fundament ohne Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO120 Schützenstraße 52, 49326 Melle | Mastrückbau (tags) - Phase III.1: Mastdemontage Fundament ohne Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO129 / IO129-1 Hasestraße 22, 49326 Melle | Mastrückbau (tags) - Phase III.1: Mastdemontage Fundament ohne Beton | Keine weiteren Gebäude |
| IO130 / IO130-2 Hasestraße 26, 49326 Melle | Mastrückbau (tags) - Phase III.1: Mastdemontage Fundament ohne Beton | Keine weiteren Gebäude |

5 Prüfung der Realisierbarkeit und Abwägung der Verhältnismäßigkeit der geforderten Lärminderungsmaßnahmen

Die im vorigen Kapitel 4 dargestellten Vorschläge der notwendigen Lärminderungsmaßnahmen werden in diesem Abschnitt durch die Vorhabenträgerin in Bezug auf eine technische Realisierbarkeit geprüft. Des Weiteren erfolgt eine Abwägung der Verhältnismäßigkeit dieser oder vergleichbarer Maßnahmen für die geplanten Bautätigkeiten.

Hinsichtlich der geforderten globalen Lärminderungsmaßnahmen wurden durch den Gutachter ausschließlich solche in die Prognoseberechnungen einbezogen, die zuverlässig eine relevante Minderung der Immissionen gewährleisten, technisch bei der Vorhabenträgerin zugelassen und mit verhältnismäßigem Aufwand umsetzbar sind, sowie gleichzeitig die jeweils benötigte Bauphasendauer in Tagen minimiert. Nach Einschätzung der Vorhabenträgerin ist die Belastungsdauer in Form der Anzahl an Werktagen mit Lärmbelästigungen für die jeweiligen Anwohner möglichst gering zu halten. Die Maßnahmen wurden an allen Baustellenabschnitten und dauerhaft in Bezug auf die Verfahren und Baumaschinen bei der Vorhabenträgerin berücksichtigt. Die Umsetzung der Maßnahmen ist nach Einschätzung der Vorhabenträgerin technisch möglich und mit Blick auf die hierdurch erzielbare Immissionsreduzierung verhältnismäßig. Somit werden die während des Regelbetriebs der Bautätigkeiten verursachten Umwelteinwirkungen durch unvermeidbare Geräusche auf das Mindestmaß gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BImSchG beschränkt.

Sämtliche im Baulärmprognosegutachten genannten umzusetzenden Lärminderungsmaßnahmen sind nach Prüfung durch die Vorhabenträgerin technisch umsetzbar und werden als verhältnismäßig zur Reduzierung der Geräuschimmissionen auf das Mindestmaß beurteilt.

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

6 Fazit

Für das Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben wurde zur Antragsstellung unter anderem ein schalltechnisches Prognosegutachten für die Bauphase gemäß den Vorgaben der AVV-Baulärm erstellt.

Das Prognosegutachten schlägt mehrere Lärminderungsmaßnahmen vor, die nach Prüfung durch die Vorhabenträgerin (vgl. oben Kapitel 4, sowie Baulärmprognosegutachten T 3204, Kapitel 10.3 und Zusammenfassung Kapitel 12) technisch umsetzbar sind und die im Planfeststellungsbeschluss als verhältnismäßige Maßnahmen nach § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG festgelegt werden können.

Bei den verbleibenden prognostizierten Überschreitungen der Immissionsrichtwerte handelt es sich, gemäß der Beurteilung des Gutachters (vgl. Kapitel 10.3 des Baulärmprognosegutachtens), um unvermeidbare Umwelteinwirkungen im Sinne des § 22 Abs. 1 Satz 1 BImSchG, die gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 BImSchG auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Die Anordnung einer Überwachungsmessung während der Baumaßnahme sowie die ggf. anschließende Prüfung von weiteren Lärminderungsmaßnahmen im Planfeststellungsbeschluss ist aus Sicht der Vorhabenträgerin nicht erforderlich und zweckmäßig, da unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes keine weiteren Lärminderungsmaßnahmen in Betracht kommen.

Durch die getroffenen Maßnahmen der Vorhabenträgerin wird erreicht, dass für die immissionskritische Nachtzeit nur an einem Immissionsort die Immissionsrichtwerte um 2 dB überschritten werden und damit unterhalb des Eingreifwertes (gem. AVV Baulärm, Abs 4), vgl. Baulärmprognosegutachten T 3204 Tabelle 5 liegen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Tätigkeiten des Mastrückbaus (Mastrückbau – Phase III) im Gutachten mit einer Bauphasendauer von zwei Wochen sehr konservativ angesetzt sind. Dies ist aus Sicht der Prognose auch statthaft. Es gibt ausreichende Zeitpuffer für die Gewerke, es wird eine gesicherte Einhaltung von Gesamtzeitplänen gewährleistet und es können die Nebentätigkeiten der Bauphase des Mastrückbaus garantiert werden. Im Detail sind es der Betrieb des Hydraulikbaggers (mit und ohne Meisel) und des Mobilkrans, der prognostisch zu den potenziellen Überschreitungen führen kann. In der Praxis beschränkt sich deren Einsatz auf deutlich kürzere 1 – 4 Tage, statt der angesetzten zwei Wochen. Es ist unerlässlich zu beachten, dass die Mastrückbaumaßnahmen der Bl. 1123 und Bl. 2310 zur vollständigen Entfernung der bestehenden Freileitung in den betroffenen Bereichen führen. Insgesamt ergibt sich durch die Arbeiten eine sehr kurze Einwirkung des Baulärms auf die jeweils angrenzende Nachbarschaft. Die Bautätigkeiten lösen darüber hinaus einen maßgeblichen raumplanerischen Konflikt, was im Eigeninteresse der betroffenen Anwohner*innen ist.

Aus Sicht der Vorhabenträgerin sollte daher, im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses für die in Tab. 4-2 zitierten Immissionsorte, für die nach Umsetzung aller geforderten Lärminderungsmaßnahmen eine mögliche Überschreitung der Immissionsrichtwerte prognostisch nicht auszuschließen ist, eine mögliche Entschädigung gemäß § 74 Abs. 2 Satz 3 VwVfG abgewogen

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

werden. Es sollte dabei geprüft werden, ob den Betroffenen die Immissionen billigerweise zugemutet werden können, und dabei die Kürze der tatsächlichen Bauphasen berücksichtigt werden, als auch der Umstand, dass der Rückbau einen raumplanerischen Konflikt für die Betroffenen löst.

A Verzeichnisse

A.1 Literaturverzeichnis

- [1] *Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG)*, BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist, 2013.
- [2] *Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschemissionen (AVV Baulärm)*, vom 19. August 1970.
- [3] *Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)*, in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist.
- [4] *Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)*, (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist, 2011.
- [5] *Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz: Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm)*, Vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5), 1998.
- [6] *Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)*, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, 2003.
- [7] Technische Überwachung Hessen GmbH (TÜV Hessen), *Gutachten Nr. T 3204 - Prognose der zu erwartenden Geräuschemissionen nach AVV Baulärm in der Nachbarschaft während der Baumaßnahmen für das Vorhaben „Gütersloh - Wehrendorf“ (EnLAG, Vorhaben 16), Abschnitt „Pkt. Königsholz (Landesgrenze Nordrhein-Westfalen / Niedersachsen) – Umspannanlage (UA) Lüstringen“*, 2023.

Handlungskonzept Baulärm

Neubau und Betrieb der 110-/380-kV-Höchstspannungsleitungsverbindung Wehrendorf – Gütersloh (EnLAG, Vorhaben Nr. 16)

Genehmigungsabschnitt 3 (GA 3): Pkt. Königsholz (Landesgrenze NRW/NDS) – Umspannanlage (UA) Lüstringen

A.2 Abbildungen

| | |
|--|---|
| Abb. 1-1: Schematischer Verlauf des EnLAG-Vorhabens Nr. 16 mit den Genehmigungsabschnitten | 5 |
|--|---|

A.3 Tabellen

| | |
|--|----|
| Tab. 4-1: Globale Lärminderungsmaßnahmen für alle entsprechenden Bautätigkeiten / Baumaschinen gemäß Baulärmprognosegutachten T 3204 durch den Gutachter TÜV Hessen..... | 13 |
| Tab. 4-2: Immissionsorte auf Basis des Baulärmprognosegutachtens, an denen gemäß Baulärmprognosegutachten T 3204 durch den Gutachter TÜV Hessen eine ggf. zeitweise Überschreitung der Immissionsrichtwerte nicht ausgeschlossen werden kann | 14 |

A.4 Abkürzungen

| Abkürzung | Bedeutung |
|------------|---|
| Abs. | Absatz |
| Anl. | (technische) Anlage |
| BE-Fläche | Baustelleneinrichtungsfläche |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |
| BImSchG | Bundes-Immissionsschutzgesetz |
| BImSchV | Eine Verordnung zur Durchführung des BImSchG |
| bzw. | beziehungsweise |
| bzgl. | bezüglich |
| ca. | zirka |
| d.h. | das heißt |
| DIN | Deutsches Institut für Normung e.V. |
| EN | Europäische Norm |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| i.S. | im Sinne |
| i.V.m. | in Verbindung mit |
| Lfd. | Laufend(e) |
| Nr. / Nrn. | Nummer / Nummern |
| Pkt. | Punkt |
| S. | Satz |
| VDE | VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V. |
| vgl. | vergleiche |
| z.B. | zum Beispiel |